

Pressemitteilung

München, den 6. Februar 2025

Erwartungen der Städte an Bundestag und Bundesregierung

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr appelliert an die neue Bundesregierung: **„Unsere Gesellschaft steht vor gewaltigen Herausforderungen. Die Politik muss sich daher auf das Wesentliche fokussieren. Kommunen sind der Ansprechpartner der Menschen vor Ort und stehen für konstruktive Lösungen. Das Gleiche erwarten wir auch vom Bundestag und einer neuen Bundesregierung. Denn die Themen, die unsere Gesellschaft bewegen, lassen sich nur miteinander lösen.“** Deshalb fordert Pannermayr bei Gesetzgebungsverfahren auch die frühzeitige Einbindung von Städten und Gemeinden: **„Der Blick aus der kommunalen Praxis schärft das Bewusstsein für Regelungen, die sich dann auch realisieren lassen. Leider ist in den letzten Jahren die Partnerschaft oft vernachlässigt worden. Gerade, wenn Mut oder Gestaltungswille gefordert werden, müssen Bundestag und Bundesregierung die Städte und Gemeinden einbeziehen. Denn für die Umsetzung der Beschlüsse brauchen die Kommunen praktikable Regelungen und die notwendige Finanzausstattung.“**

Handlungsfähige Städte und Gemeinden: Finanzausstattung

„Die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden ist in Gefahr. Die Finanzen der Städte und Gemeinden sind in einer strukturellen Schieflage, die sie nicht selbst verursacht haben. Die kommunalen Steuereinnahmen stagnieren, während die Ausgaben massiv steigen“, erläutert Pannermayr. Das Defizit der bayerischen Kommunen ist dramatisch gestiegen und liegt in den ersten drei Quartalen des Jahres 2024 bei 6 Milliarden Euro: Das ist ein Rekord-Minus. Die Ursachen liegen in der Dynamik beim Anstieg von Sozialausgaben und Personalausgaben. Da die Wirtschaftskonjunktur unverändert schwach ist, steigen die Risiken für Steuerrückgänge. Die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erschweren die Aufstellung von kommunalen Haushalten.

Pannermayr: **„Viele Städte und Gemeinden laufen Gefahr, dass sie keine genehmigungsfähigen Haushalte mehr aufstellen können. Dies bekommen Bürgerschaft und regionale**

Wirtschaft zu spüren. Der Bedarf an Investitionen etwa bei Straßen und Wegen, Schulen und Kindergärten, Krankenhäusern und Pflegeheimen ist enorm. Dringende Investitionen in die Infrastruktur müssen zurückgestellt werden oder kommen generell auf den Prüfstand. Kommunen haben einen Anspruch auf eine aufgabengerechte Finanzierung. Wenn Bund und Freistaat den Kommunen zusätzliche Aufgaben übertragen, müssen diese auch auskömmlich finanziert werden.

Der Bund darf keine Rechtsansprüche schaffen, die nicht für die kommunale Ebene ausfinanziert sind – so hat der Bund mit Zustimmung des Freistaats einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter formuliert, aber die Förderung reicht nicht aus. Dies verschärft die Haushaltsprobleme der Städte und Gemeinden. Pannermayr: „**Die hohe Dynamik bei den Sozialausgaben muss gestoppt werden. Leistungen und Standards müssen konsequent hinterfragt und geprüft werden.**“ Vom Bund beschlossene Mehrbelastungen für Kommunen müssen vollständig finanziert werden.

Pannermayr verweist auf die akuten Nöte in der Krankenhausfinanzierung: „**Der Bund muss seiner Pflicht nachkommen, die Betriebskosten für Krankenhäuser sicherzustellen. Neben Soforthilfen muss eine Krankenhaus-Reform des Bundes die strukturelle Unterfinanzierung beenden und die Finanzierung auf eine sichere Basis stellen.**“

Die kommunalen Steuereinnahmen dürfen nicht geschwächt, sondern müssen gestärkt werden. Pannermayr: „**Die Gewerbesteuer als wichtigste Steuerquelle der Städte und Gemeinden darf nicht in Frage gestellt oder beschränkt werden.**“ Es braucht eine neue Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Kommunen benötigen eine dauerhafte Finanzausstattung auf der Basis eines höheren Anteils an den Gemeinschaftssteuern, etwa an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer.

Pannermayr: „**Beim Vollzug von Förderprogrammen ist weniger Komplexität, mehr Flexibilität und mehr Vertrauen in die Kommunen nötig. Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zur Ausgestaltung von Förderprogrammen müssen schneller zum Abschluss kommen.**“ Dabei müssen die Kommunen rechtzeitig vorher eingebunden und bes-

ser informiert werden, damit sie ihre Planungen frühzeitig starten können. Fristen für die Umsetzung von Förderprogrammen müssen von Beginn an realistisch festgelegt werden, um Verzögerungen zu vermeiden. Kommunen brauchen Verlässlichkeit und Planungssicherheit.

Klimaschutz und Klimaanpassung

Spätestens beim nächsten Hochwasser, bei Hitzerekorden, Waldbränden oder Wassermangel wird uns erneut drastisch vor Augen geführt, dass Klimaschutz und Klimaanpassung nicht vernachlässigt werden dürfen, sagt Pannermayr: **„Städte und Gemeinden leisten ihren Beitrag, aber sie müssen es sich auch leisten können. Es gilt, mit knappen Mitteln dort zu handeln, wo die Hebelwirkung für Klimaschutz und Klimaanpassung am größten ist. Die Aufgaben der Kommunen lassen sich nur erfüllen, wenn es klare Verantwortlichkeiten und Finanzierungswege gibt. Der Bund muss für eine nachhaltige Finanzierung von Maßnahmen bei Klimaschutz und Klimaanpassung sorgen. Wir brauchen keine neuen Pläne, sondern Geld für die Umsetzung.“** Die bereits laufenden Transformationsprozesse bei Energiewende und Mobilitätswende müssen fortgeführt werden. Transformation braucht Verlässlichkeit. Dies gilt etwa für Zukunftsinvestitionen in Geothermie oder eine Stärkung des Eigenkapitals für Investitionen von Stadtwerken in Energie- und Wärmewende.

Migration und Integration – Demografischer Wandel

Die Daueraufgabe Integration fordert Städte und Gemeinden seit Jahren. Kommunen dürfen in ihrer Schlüsselrolle jedoch nicht überfordert werden. Es geht zum einen um die Eindämmung illegaler Migration, eine gerechtere Verteilung von Geflüchteten in der EU und die Reduzierung des Familiennachzugs. Zum anderen geht es um auskömmliche finanzielle Rahmenbedingungen, für die der Bund sorgen muss, um Integration in den Kommunen dauerhaft finanzieren zu können. Und es muss besser umsetzbare Regeln für die unerlässliche Zuwanderung von Arbeitskräften geben. Ein zentraler Aspekt ist die Versorgung mit Wohnraum. Pannermayr: **„Wohnungsbau ist eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Freistaat und Kommunen. Der Bund muss dauerhaft und verlässlich Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf höherem Niveau als bisher bereitstellen.“**

Der demografische Wandel hat gravierende Folgen für Städte und Gemeinden, sei es in Geburtsstationen und Krankenhäusern, Kindergärten und Pflegeheimen, Schulen und Seniorenheimen. Der demografische Wandel verschärft den Personalmangel in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Die Kommunen erleben Wachstumsdruck in Ballungsräumen oder rückläufige Bevölkerungsentwicklungen in strukturschwachen Regionen. Pannermayr: **„Die Bewältigung dieser ungleichen und ungleichzeitigen Entwicklungen braucht starke Städte und Gemeinden.“**

Digitale Verwaltung und Bürokratieabbau

Neue digitale Möglichkeiten treiben die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung an, sie wecken Erwartungen an die Kommunen, wie Leistungen der öffentlichen Hand erbracht werden. Städte und Gemeinden stellen eine verlässliche Verwaltung sicher und wollen Vorgänge mit neuen Technologien beschleunigen. Dafür brauchen sie stabile Rahmenbedingungen. Pannermayr: **„Der Bund muss die kommunale Perspektive berücksichtigen und Kommunen aller Größen im Blick haben. Neue digitale Verfahren können nur dann verlässlich laufen, wenn der Sachverstand aus der kommunalen Praxis frühzeitig eingebunden wird. Neue Gesetze müssen sich an den technisch möglichen digitalen Prozessen orientieren. Die Digitalisierung der Verwaltung muss stärker vereinheitlicht werden. Bund und Freistaat müssen ihre zentralen Angebote ausbauen, etwa für einheitliche Standards beim Datenaustausch und bei Schnittstellen.“** Vereinfachte digitale Verfahren und der Abbau von Bürokratie können nur gelingen, wenn die Belange von Städten und Gemeinden frühzeitig mitgedacht werden. Leider hat sich Bürokratie zunehmend zum Hemmschuh entwickelt. Die Gesellschaft muss den Mut gewinnen, weniger auf Einzelfallgerechtigkeit bis ins letzte Detail zu pochen. Nötig ist mehr Vertrauen statt Kontrolle.